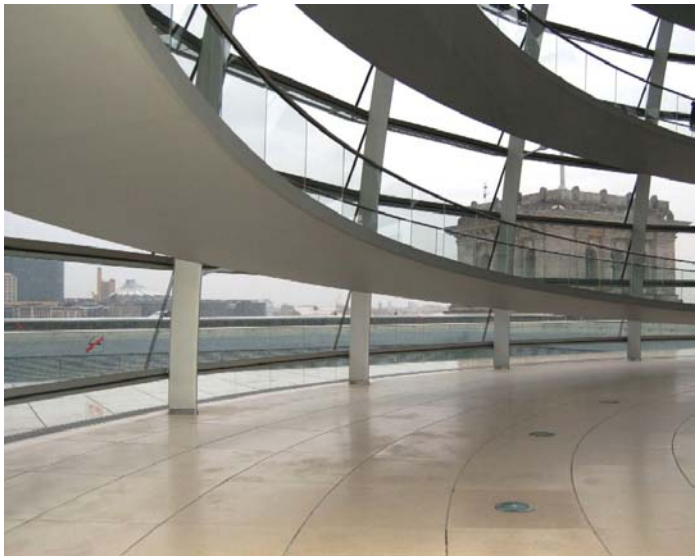
Rechenschaftsbericht
des Bundestagsabgeordneten

Rainder Steenblock

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 2 27 – 7 20 56
Fax: (030) 2 27 – 7 60 56
rainder.steenblock@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Damm 48
25421 Pinneberg
Tel: (04101) 553987
Fax: (04101) 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

www.rainder-steenblock.de



Bericht aus Berlin
und
Schleswig-Holstein

Mai 2007 – März 2008

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Arbeitsreich, aber auch erfolgreich – und das trotz meines Unfalls, der mich fast zwei Monate außer Gefecht gesetzt hat“, fällt mir ein, wenn ich auf das vergangene Jahr zurückblicke!

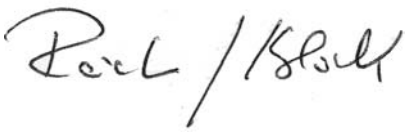
In Zahlen ausgedrückt liest sich meine Jahresbilanz so: 17 Mal bin ich ans Redepult im Deutschen Bundestag getreten, 24 Anträge habe ich federführend in den Bundestag eingebracht, 37 Mal von der Bundesregierung schriftlich und mündlich Auskunft verlangt, 8 Fachgespräche habe ich organisiert und in 116 Pressemitteilungen habe ich Stellung zu aktuellen Themen bezogen. Volles Programm – das gilt nicht nur für die Sitzungswochen im Parlament. 28 Reisen führten mich als europapolitischen Sprecher der Bundestagfraktion in mehr als 10 Länder – die weitesten gingen bis nach Venezuela, Japan, China und Aserbaidschan. Dauergast bin ich natürlich in Brüssel und Straßburg.

Die Themenpalette reichte von der Reform der EU-Verträge und dann der Konsequenzen aus dem Vertrag von Lissabon, der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union über die EU-Finanz- und Hauhaltspolitik bis hin zur Meerespolitik, Schiffsemissionen, Elbvertiefung und Munitionsaltlasten. Hinzu kommen noch die zahlreichen Themen, die über meine Fachgebiete hinaus die Bundespolitik und die Bundestagsfraktion beschäftigt haben.

Anbei findet Ihr eine kleine Auswahl zum Überblick meiner Tätigkeiten im letzten Jahr

Falls Ihr Fragen oder weitergehende Informationen wünscht, könnt Ihr Euch gerne beim Parteitag direkt an mich oder auch jederzeit an meine Büros in Berlin und Schleswig-Holstein wenden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch



April 2008

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
Das politische Jahr 2007 stand im Zeichen der deutschen Präsidentschaften: im ersten Halbjahr hatte die Bundesrepublik den Vorsitz im Rat der Europäischen Union sowie für das ganze Jahr 2007 den Vorsitz der G8 übernommen.

Ich habe viel Energie darauf verwandt, dass der Bundestag sein Recht auf Information wahrnehmen kann. Wir haben die Bundesregierung mächtig getrieben, damit sie die Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit dem Bundestag in Fragen rund um die EU endlich vollständig erfüllt. Denn die Abgeordneten des Bundestags können sich nur dann frühzeitig in Europadebatten einschalten, wenn sie ihre Entscheidungs-, Beteiligungs- und Informationsrechte vollständig wahrnehmen können. Wir Abgeordneten mussten uns unser Recht auf Information und Beteiligung hart erkämpfen: über den **Vertrag von Lissabon** wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt.
Der Bundesregierung schien es nicht wirklich ernst zu sein mit ihrer Ankündigung, Europa gemeinsam zu gestalten. Letztlich hat die Ratspräsidentschaft mit dem Vertrag von Lissabon einen tragfähigen Kompromiss erzielt. Nun gilt es, darauf zu achten, wie die noch offenen Fragen ausgestaltet werden.

Andere große Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft
schrumpfen bei näherem Hinsehen; so wie der gesetzte Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Beziehungen der EU gegenüber seinen östlichen Nachbarn: Die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit **Russland** liegen auf Eis, die EU-**Zentralasienstrategie** entpuppt sich als viel Lärm um wenig Konkretes, die **EU-Nachbarschaftspolitik** tritt auf der Stelle. Wir fordern in unserem Antrag „Die EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen“ mehr Präsenz der EU in der Region gefordert, tragfähig finanzierte Programme zu Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit sowie eine klare Linie mit konkreten Zielvorgaben in den Menschenrechtsdialogen mit den zentralasiatischen Staaten. Zur Russlandpolitik haben wir den Antrag „Anforderungen an eine strategische Partnerschaft der EU mit Russland“ eingebracht.

Den frechsten Coup hat sich jüngst der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy, künftiger Ratspräsident der EU, geleistet: mit dem Vorschlag einer **Mittelmeerunion** wollte er das Konzept der EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) mit den südlichen Nachbarn der EU und den Barcelona-Prozess untergraben. In meiner Kleinen Anfrage „Zur Ankündigung Frankreichs über die Gründung einer Mittelmeerunion“ habe ich deutlich gemacht, dass sich die Bundesregierung von Sarkozy nicht auf der Nase herumtanzen lassen darf. Das haben wir auch in unserem Fachgespräch zur Kooperation mit den südlichen EU-Nachbarn und französischen Partnern diskutiert. Die EU-Mittelmeerpolitik braucht keine Doppelstrukturen, sondern eine sachliche Analyse, warum der Barcelona-Prozess und die EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber den südlichen Anrainern bisher so wenig erfolgreich waren. Eine Sarko-Show machen wir nicht mit.

In die aktuelle slowenische Ratspräsidentschaft fällt die Debatte um die
Reform des **EU-Haushalts**. Wie halten wir die Finanzen der EU stabil? Wofür wollen wir das Geld ausgeben? Aktuell leisten wir uns einen strukturkonservativen Haushalt mit zu vielen Rabattregeln für einzelne Mitgliedstaaten.

Wir wollen weniger Geld für die Subventionierung landwirtschaftlicher Großbetriebe ausgeben und mehr in die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume und in Bildung, Forschung und Innovation stecken. Ich habe in der grünen Bundestagsfraktion die Debatte darüber angestoßen, wie wir Einnahmen und Ausgaben im EU-Haushalt reformieren wollen. Unsere Ideen für einen stabilen EU-Haushalt haben wir in die Konsultation der Europäischen Kommission gegeben. Ein Positionspapier der Bundestagsfraktion „Eine ökologische und soziale EU braucht stabile Finanzen“ ist in Arbeit.

Energie und Klima

Auf die Klimagipfel-Euphorie im Frühjahr folgte die Katerstimmung im Herbst, als die Europäische Kommission die Bundesregierung daran erinnerte, dass nicht die deutsche Autoindustrie die Klimapolitik der EU bestimmt. Wie glaubwürdige und nachhaltige Klima- und Energiepolitik funktionieren kann, zeigen wir in der grünen Bundestagsfraktion mit unserem umfassenden Konzept „Energie 2.0 – grüne Maßnahmen bis 2020“ sowie in zahlreichen Anträgen zu Klimawandel, Energiewende und zu den Klimaverhandlungen auf Bali.

Energiepolitik ist Außenpolitik. In der **Energieaußenpolitik** dominieren Ressourcenwettlauf, Energiehunger der Schwellenländer, Konflikte und Klimakatastrophe, und damit vor allem Geopolitik die Schlagzeilen. Wir brauchen eine multilaterale Energieaußenpolitik. Das zeigt sich gerade an der Debatte um die geplante **Ostseepipeline**. In ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage „Ökologische Konsequenzen der geplanten Ostseepipeline und Prüfung alternativer Streckenverläufe“ beweist die Bundesregierung einmal mehr, dass für sie ein multilateraler Ansatz keine Priorität hat. Die Bundesregierung richtet ihren Fokus einseitig auf die Frage der Versorgungssicherheit, setzt auf Kohle und Atomkraft, treibt Pipelineprojekte voran, scheitert aber daran, auf dem heimischen Markt mehr Transparenz zu schaffen und die zentralisierte Netzstruktur endlich aufzubrechen.

Energieaußenpolitik muss weiter gedacht werden. Sie umfasst auch Entwicklungs-, Menschenrechts- und Klimaaußenpolitik. In unserem Antrag „Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit“ halten wir fest: Moderne Energieaußenpolitik hilft, unsere Energieversorgung langfristig abzusichern und trägt zu einer weltweiten Energiewende für Energie und Sicherheit bei. Eine verantwortliche Energieaußenpolitik setzt auf globale Gerechtigkeit. Eine vorausschauende Energieaußenpolitik ist strategische Friedenspolitik. Diese Bausteine einer „Zukunftsfähigen Energieaußenpolitik“ wollen wir am 25. und 26. April in Berlin auf einer Fachkonferenz weiter diskutieren.

Erneuerbare für Südamerika

Klimaschutz ist das Gebot der Stunde – auch in Südamerika. Von den deutschen Erfahrungen und Erfolgen mit erneuerbaren Energien berichtete ich auf Einladung der deutsch-venezolanischen Industrie- und Handelskammer und der deutschen Botschaft auf einem Symposium für alternative Energien in Caracas.

Neben den Themen Energiepolitik und Umweltschutz drehten sich meine Gespräche mit Regierungs- und Oppositionsmitgliedern um die im Dezember von Präsident Hugo Chávez zur Abstimmung gestellte Verfassungsreform. Über das Verfassungsprojekt und die aktuelle innen- wie außenpolitische Situation des Landes diskutierte ich in Lübeck mit einem engagierten Publikum. Meine Position: Der breite Selbstorganisierungsprozess von unten darf nicht durch weitere autoritäre Bestrebungen von oben untergraben werden, nachdem die Bevölkerung den von der Staatsführung vorgezeichneten Weg abgelehnt hat.

Auslandseinsätze der Bundeswehr: Kriterien festlegen

Einsätze der Bundeswehr im Ausland, wie z.B. in Afghanistan, Libanon, Kongo oder Bosnien-Herzegowina und Kosovo und die daraus resultierenden Konsequenzen haben Fraktion und Partei im vergangenen Jahr sehr beschäftigt. Auch in Zukunft wird es internationale Missionen geben, in denen die Bundeswehr gefragt sein wird. Wir haben in zahlreichen Anträgen gefordert, dass die **zivile Konfliktprävention und -bearbeitung** gestärkt wird. Unsere Forderungen nach klaren und überprüfbaren Kriterien für die Entsendung der Bundeswehr haben wir im Antrag „Prüfkriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr entwickeln – Unterrichtung und Evaluation verbessern“ formuliert. Wir brauchen klare Leitlinien zu den Voraussetzungen für Auslandseinsätze und langfristige Strategien mit deutlichen Analysen und Abschätzungen der Alternativen, anhand derer wir Parlamentarier im Bundestag unsere Entscheidungen treffen und die zukünftige Diskussion sachlich weiterführen können. Zentral bleibt für uns: die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Daher gibt es eine deutsche Beteiligung an einem EU-Einsatz nur mit Zustimmung des Bundestags.

Zypern wiedervereinigen

Zypern ist Mitglied der Europäischen Union, doch bisher eine geteilte Insel. Jüngst gelang der historische Durchbruch: die Ledra-Straße in der Altstadt der Hauptstadt Nikosia wurde geöffnet. Über 40 Jahre war sie in zwei Teile getrennt. Viele Menschen auf Zypern hatten große Erwartungen in die deutsche Ratspräsidentschaft gesetzt. Auf grüne Initiative haben wir im interfraktionellen Antrag „Fortschritte für Zypern – Eine Aufgabe für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ von der Bundesregierung gefordert, das große Vertrauen in die deutsche Seite in die Waagschale zu werfen und sich für eine Annäherung einzusetzen. Ich bleibe am Thema dran: In einem Fachgespräch haben wir die Spielräume der EU für eine Annäherung ausgelotet. Auf meine Initiative hin hat die Heinrich-Boell-Stiftung zum Kinofilm „Akamas“ eingeladen.

Der Film über die Liebe zwischen einem türkischen Zyprioten und einer griechischen Zypriotin symbolisiert eindrucksvoll die Geschichte und Teilung der Insel, anhand dessen ich mit Regisseur und Filmemacher Panicos Chrysanthou und weiteren Gästen über das Leben auf der geteilten Insel und Aussichten auf eine Wiedervereinigung diskutiert.

v.l.n.r.: Cem Özdemir, Panicos Chrysanthou, Niels Kadritzke, Mete Hatay, Rainder Steenblock

Szenenfoto aus dem Film: „AKAMAS“

Regionale Kooperationen stärken
Regionale Kooperation schafft Vertrauen. Sie ist der Schlüssel zu einem friedlichen Zusammenleben, politischer Stabilität und guten wirtschaftlichen Beziehungen. Die Fähigkeit einzelner Staaten, effektiv und friedlich mit ihren Nachbarn zusammen zu arbeiten und eine Interessengemeinschaft zu bilden, ist Vorrausetzung für eine Annäherung an die EU. Das gilt für **Südosteuropa** genau so wie für die **Schwarzmeerregion**, den **südlichen Kaukasus**, unsere **südlichen Anrainerstaaten** und den **Nahen Osten**. Ein erfolgreiches Beispiel sind Initiativen im Schwarzmeerraum, die alle Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres vereinen.
In der Ostseeregion sollten die Vereinbarungen für mehr Meeresschutz und Sicherheit auf See ein Vorbild auch für das Schwarze-, Kaspische- und Mittelmeer werden. Der im November 2007 unterzeichnete Baltic Sea Action Plan der Helsinki-Kommission zeigt, dass gemeinsame Interessen aller Ostseeanrainer einschließlich Russland zu konkreten Vereinbarungen führen. Wir wollen den Baltic Sea Action Plan zum regionalen Baustein einer Europäischen Meerespolitik machen.
In unserem Antrag „Den Ostseeraum zur Modellregion für regionale Kooperationen ausbauen und den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterentwickeln“, der auf meine Initiative hin erarbeitet wurde, fordern wir eine **Modellregion Ostseeraum** als Vorbild für weitere regionale Kooperationen. Damit knüpfe ich an meine Initiativen zur Europäischen Meerespolitik an. Die Europäische Kommission hat mit dem Blaubuch „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ und der Meeresstrategie-Richtlinie die Weichen gestellt.
Nun müssen wir Europäische Meerespolitik konkret machen.

Munitionsaltlasten
Die jüngsten Hinweise auf mit den Giftgasen Chlorgas und Phosgen gefüllte Metallflaschen in der Lübecker Bucht haben buchstäblich eine Altlast ans Licht gebracht: auf dem Grund von **Nord- und Ostsee** lagern Hunderttausende Tonnen Sprengköpfe, Seeminen, Wasserbomben und Kampfgifte wie Senfgas und Phosphor aus dem Zweiten Weltkrieg, außerdem versenkte Bundeswehr-, NVA-, Sowjet- und NATO-Munition. Wie können wir mit den explosiven Altlasten am Meeresgrund umgehen? Auf einem Symposium in Kiel stellten Fachleute aus Wissenschaft und Praxis Verfahren im Umgang mit den Munitionsaltlasten vor. Beim Munitionsbergungsdienst in Schwerin habe ich mich über unzureichende Kartierung von Munition in der Ostsee und Kompetenzstreitigkeiten informiert. Zentral ist auch die Frage, wer Bergung und Entsorgung bezahlt.

Unter meiner Federführung wird die grüne Bundestagsfraktion den Antrag „Die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen!“ in den Bundestag einbringen. Es wird höchste Zeit für ein Konzept für den Umgang mit den Altlasten. Unter meiner Federführung stimmt die Fraktion zurzeit den Antrag „Die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen!“ ab. Grüne Forderungen im Umgang mit Munitionsaltlasten wollen wir mit dem Antrag „Europäischer Tag des Meeres: Problem der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee endlich anpacken!“ auf der Landesmitgliederversammlung beschließen.

Europa verbindet:
Schulpartnerschaften
Von meinen Schulbesuchen in osteuropäischen Ländern brachte ich die Idee mit nach Hause, möglichst viele Schulen in Schleswig-Holstein für einen verstärkten Austausch mit Partnerländern wie **Georgien**, **Aserbaidschan**, der **Ukraine** oder der **Republik Moldowa** zu gewinnen. Die Vorteile solcher Partnerschaften liegen auf der Hand: Junge Leute aus Ost und West lernen einander kennen, bauen Vorurteile ab, diskutieren und kommen sich näher. Für die dortigen SchülerInnen bietet sich über den Weg gegenseitiger Besuche die einmalige Gelegenheit, nach Deutschland zu reisen und einen Einblick in das Leben und Lernen deutscher Altersgefährten zu bekommen. Schulen in Pinneberg, Elmshorn, Wedel und Kiel haben sich bereits von mir für das spannende Projekt einer Schulpartnerschaft begeistern lassen. Einen ganz besonderen Kontakt knüpfte ich bei einem Besuch der Japanischen Schule in Halstenbek: Dort stieß mein Vorschlag, eine Partnerschaft mit der Deutschen Schule in **Tokio** einzugehen, auf offene Ohren.

Internationaler Austausch
Internationale Austauschprogramme fördern Verständigung und kulturelle Vielfalt und tragen dazu bei, feststehende Erwartungen zu revidieren. Aus diesen Gründen übernehme ich auch dieses Jahr die Patenschaft für zwei amerikanische Gastschülerinnen in meinem Wahlkreis Pinneberg. Was Megan Godwaldt und Celynn Young bis jetzt gesehen haben, hat ihr Bild von Deutschland gründlich geändert. Mehr Freiheiten, weniger Hausaufgaben – über die Unterschiede zwischen Gast- und Heimatland habe ich mich mit den jungen Frauen aus **Kalifornien** ausführlich unterhalten. Bevor es zurück in die USA geht, steht noch ein Besuch bei mir in Berlin an. Auf der anderen Seite des Atlantiks überprüft im Gegenzug die junge Schleswig-Holsteinerin Sarah Borkowski ihr Bild von Nordamerika.

Fünf Monate lernte Elene Shatberashevili aus **Georgien** im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums des Bundestags (nicht nur) das politische Leben in Deutschland und die Arbeit in meinem Abgeordnetenbüro kennen. Ein Abstecher führte uns nach Horst: Bei einem Rundgang auf dem Hof Dannwisch bekam die junge Juristin, die in ihrer Heimat als Rechtsberaterin für Bio-Landwirte arbeitet, ein Paradebeispiel für biologisch-dynamische Landwirtschaft zu sehen.

Nun freue ich mich über unseren Neuzugang: Svetlana Nejelscaia lernt vier Monate lang die Arbeit in meinem Berliner Büro kennen. Die Journalistin aus der **Republik Moldowa** unterstützt mein Berliner Team und ist gespannt darauf, meinen Wahlkreis kennenzulernen.

Als Wahlbeobachter in Georgien und Armenien
Freie, gleiche und geheime Wahlen sind keine Selbstverständlichkeit. Für die **OSZE** (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beobachtete ich in Georgien (2. bis 6. Januar 2008) und Armenien (16. bis 20. Februar 2008) den Verlauf der Präsidentschaftswahlen.
Durch Gespräche mit KollegInnen aus dem internationalen Beobachterteam, mit VertreterInnen von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen und im Austausch mit MedienvertreterInnen konnte ich mir einen Eindruck verschaffen, ob die Wahlkämpfe **demokratischen Regeln** entsprachen. An den Wahltagen besuchte ich Wahllokale und machte mir vor Ort ein Bild von der Durchführung der Wahlen. Meine Feststellung: In Ländern ohne wirkliche Pressefreiheit und ohne echte Gewaltenteilung ist es auch bei positivem Ablauf und eindeutigen Wahlergebnissen letztendlich schwer einzuschätzen, ob die Wahlen demokratische Prinzipien erfüllt haben.

Bahnprivatisierung stoppen
Hinter den Kulissen bereiten Bundesregierung und Deutsche Bahn AG den Börsengang der Bahn im Hauruck-Verfahren vor. Kommt die **Privatisierung** nach der neuesten Zauberformel aus Volksaktien- und Holding-Modell, drohen massive **Streckenstilllegungen** im ländlichen Raum. Das Risiko einer weltweit agierenden teilprivatisierten DB AG tragen die SteuerzahlerInnen. In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass die Privatisierungsmodelle nicht mit den Zielen der Bahnreform übereinstimmen. Alle Variationen bieten immer wieder Dasselbe an – einen integrierten Börsengang à la Mehdorn. Wir haben im Bundestag den Antrag „Keine Bahnprivatisierung am Parlament vorbei“ eingebracht, der genau dies verhindern soll. Schieneninfrastruktur ist eine öffentliche Aufgabe und darf auch nicht indirekt dem Einfluss von Privatinvestoren ausgesetzt werden.

Runter mit den Schiffsemissionen
Auf hoher See und in Hafenstädten sorgen laufende Schiffsmotoren für mehr als nur schlechte Luft: Sie schädigen unser Klima, produzieren Lärm und mindern an Küsten und in Hafennähe die Lebensqualität. Der bedenkliche Trend wird sich mit dem wachsenden Schiffsverkehr verstärken.
Wie können wir das Potenzial der Schiffe als umweltfreundlichste Transportmittel ausschöpfen? Ich habe mich vor Ort bei einem Besuch der Reederei Braren in Kollmar schlau gemacht und das Schiff „Cellus“ besichtigt, das als weltweit erstes Schiff mit dem Umweltgütesiegel „Blauer Engel“ ausgezeichnet wurde. Wir fordern in unserem Antrag „Klima- und umweltpolitische Herausforderungen der Hochseeschifffahrt“ einen **ökologischen Schiffsverkehr**, internationale Regelungen, saubere Kraftstoffe und alternative Antriebe. Darüber habe ich beim grünen Fachgespräch „Schlechtes Klima zu Wasser und zu Land – Instrumente gegen Schiffsemissionen“ in Hamburg mit Fachleuten aus Politik, Verbänden und Unternehmen diskutiert.

Elbvertiefung verhindern
Begründete Argumente, warum die geplante Elbvertiefung unausweichlich sein soll, forderte ich in mehreren Kleinen Anfragen und mündlichen Fragen im Plenum des Bundestags den vergangenen Monaten vergeblich von der Bundesregierung ein:
Sie verweigert bis heute Informationen, leugnet offensichtliche Entwicklungen an der Elbe, nimmt aktuelle Daten nicht zur Kenntnis und zieht angekündigte Vorhaben wie die **erneute Bedarfsprüfung** wieder zurück. Mein beharrliches Nachhaken im Bundestag wie im Verkehrs- und Umweltministerium brachte immerhin ans Tageslicht: Das Planfeststellungsverfahren für die Elbvertiefung ist extrem schlecht vorbereitet und kommuniziert, die Ministerien haben keine klare Linie, verwickeln sich in Widersprüche, die Zweifel wachsen, Kritik und Widerstand ebenfalls. In der Bewertung der Ausbaumaßnahme stimmte ich mit Oberbürgermeister Arno Stabbert beim Meinungsaustausch im Cuxhavener Rathaus voll überein.

Auf dem von mir initiierten Grünen Hafentreffen im Hamburger Rathaus im Januar 2008 sprachen sich die grünen norddeutschen Hafen- und Schifffahrtspolitiker für ein nationales Hafenkonzept und gegen die geplante Elbvertiefung aus. In Wedel protestierte ich mit der Aktion „Fackeln auf dem Deich“, die von Dresden bis Cuxhaven rund 10.000 Menschen mobilisierte, gegen die Vertiefungspläne. Ich erwarte, dass die Bundesregierung endlich Stellung bezieht. Immerhin geht es um die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen.

Fehmarnbeltquerung verhindern!
Die geplante feste Fehmarnbeltquerung ist ein wirtschaftlich und ökologisch unsinniges Verkehrsprojekt in Schleswig-Holstein. Verkehrsgutachten bestätigen: die Brücke wird sich verkehrsmäßig nicht lohnen. Diese Einschätzungen bestätigen die Antworten auf meine Nachfragen bei der Bundesregierung. Die Finanzierung ist ungewiss, die Zustimmung auf dänischer Seite bröckelt, der **Staatsvertrag** ist alles andere als in trockenen Tüchern. Denn der Bundestag muss zustimmen. Das Kapitel Femarnbeltbrücke ist also noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes werde ich gemeinsam mit der dänischen Europaabgeordneten Margrete Auken, dem Europaabgeordneten Michael Cramer und den Grünen vor Ort einen Termin mit dem Fährschiffbetreiber Scandlines wahrnehmen.

A 20 weiter bekämpfen!
Der Bau der Autobahn 20 über Bad Segeberg hinaus Richtung Elbe und die damit verbundene Elbquerung bei Glückstadt bleibt ein Schwerpunkt meiner Arbeit. Die Elbquerung und die Anbindung bis an die A 7 sind verkehrspolitisch und wirtschaftlich nicht sinnvoll, so das Ergebnis meiner Kleinen Anfrage „Stand der Planungen und Bauarbeiten der Autobahn 20 von Lübeck in Richtung Elbe“ sowie mehrerer Fragen Anfragen an die Bundesregierung.

Im Frühjahr habe ich in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden Steinburg und Pinneberg Mustereinwendungen für das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt von der A 23 bis nach Glückstadt entworfen, die wir über das Internet zur Verfügung gestellt haben. Die Auswertung der Verkehrsuntersuchungen und der Verkehrsmengenkarten 1995/2005 für Schleswig-Holstein zeigt deutlich, dass die **Verkehrsprognosen** für dieses Projekt in großen Teilen nicht stimmen. Die Ergebnisse meiner Initiativen habe ich in mehreren Pressegesprächen vor Ort erläutert. Ich bleibe am Thema dran: als Nächstes frage ich die Bundesregierung nach der Wirtschaftlichkeit des Weiterbaus der A 20 auf Grund der neuesten Verkehrsentwicklungen.

Keine Speedboote mehr in der Lübecker Bucht !
Über zwei Jahre habe ich mich mit der Problematik der Lärmbelastungen durch Speedboote in der Lübecker Bucht auseinandergesetzt. Ich freue mich, dass ich mit meiner Unterstützung der Bürgerinitiative und der Lübecker Grünen dazu beigetragen habe, den öffentlichen Druck aufzubauen, der zum Erfolg führte: in der Lübecker Bucht wird es ein **Fahrverbot** für Speedboote geben. Auch in Dömitz und Geesthacht haben wir gemeinsam erreicht, dass das Powerbootrennen abgesagt wurde. Es ist für mich ein schöner Erfolg, dass sich über den Widerstand vor Ort, vernetzt mit der Abgeordnetentätigkeit in Berlin, politische Erfolge auch aus der Opposition heraus erzielen lassen.

Ein kleiner Ausblick:
Kommunalwahlkampf 2008

Der erste gemeinsame Neujahrsempfang der Kreisverbände Steinburg und Pinneberg, auf dem ich die politische Rede gehalten habe, war auch für mich ein guter Start in das Kommunalwahljahr 2008. Die ersten Wahlkampf-Termine stehen in meinem Kalender: Infotische, Abendveranstaltungen, Aktionen und Pressetermine in den Kreisen Stormarn, Ostholstein, Plön, Herzogtum Lauenburg und meinem Heimatkreis Pinneberg. Vor dem Hintergrund der **fast handlungsunfähigen Großen Koalitionen** in Berlin und Kiel und den vielen schwarzen Mehrheiten in den kommunalen Parlamenten können wir gemeinsam einen guten Wahlkampf führen. Unsere Themen wie die **Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik** werden von diesen Mehrheiten nicht zukunftsorientiert gelöst. Hier müssen wir gemeinsam Akzente setzen. Die geplanten Kohlekraftwerke und die Verkehrsprojekte A 20 und Fehmarnbeltquerung sind die großen Symbole für die rückwärtsgewandte Politik von CDU und SPD. Es gibt aber sicherlich auch vor Ort die kleineren Beispiele für diese Politik. Gemeinsam mit Euch möchte ich vor Ort diese Themen aufgreifen und einen dynamischen und frischen Kommunalwahlkampf zusammen mit Euch machen.

Besuch in Berlin und Straßburg

Was auf der bundes- und europapolitischen Bühne passiert, konnte ich Besuchergruppen aus Schleswig-Holstein in Berlin und Straßburg hautnah vermitteln.
In der „Hauptstadt Europas“ besuchten 30 SchülerInnen das **Europaparlament** und den **Europarat**. Auch ein Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof gehörte zum Programm.
Die Reisegruppe, die in der Bundeshauptstadt zu Gast war, warf einen Blick hinter die Kulissen verschiedener Ministerien und nahm an einer Plenarsitzung teil: Dort konnten die BesucherInnen ihren Abgeordneten gleich am Redepult erleben.
Über Besuch von Schulklassen in Berlin freue ich mich immer.

Gerne erzähle ich über meinen Arbeitsalltag während der Sitzungswochen und erkläre, dass die Arbeit der Abgeordneten zur gleichen Zeit an vielen verschiedenen Orten stattfindet, wenn ich nach den leeren Rängen im Bundestag gefragt werde.